

Im Vorfeld der G8-/G20-Gipfel, am letzten Juni-Wochenende im kanadischen Huntsville/Muskoka und Toronto, machte die internationale Kinderhilfsorganisation World Vision mit einer spektakulären Aktion auf das Thema Kleinkindsterblichkeit aufmerksam: G8 Politiker wurden als schwangere Stelzengänger dargestellt. Damit sollte daran erinnert werden, dass weltweit jede Stunde mehr als 1.000 Kinder unter fünf Jahren an vermeidbaren Krankheiten sterben. Etwa 40 Prozent dieser Kinder werden nicht einmal einen Monat alt. Die kanadische Regierung hat das Thema auf die G8-Agenda gesetzt.

„Wir gehen mit Ultraschall auf diesen Gipfel“, kündigte World Vision Gesundheitsexperte Marwin Meier an, „denn seit vielen Jahren und jedes Jahr neu, gehen die G8-Politiker schwanger mit vielen Versprechungen. Wir wollen wissen: Wann kommt es endlich zur ‚Geburt‘? Wann sehen wir endlich Taten?“

Jährlich Jahr treffen sich die reichsten Länder der Welt – so auch diesmal in Kanada. „Die Politiker dieser Länder haben es in der Hand, ob sie es weiterhin zulassen, dass jedes Jahr etwa 8,8 Millionen Kinder sterben oder nicht. Das Geld ist da, wie wir an diesem Gipfel sehen...“

Rund eine Milliarde Dollar – einen großen Anteil verschlingt die Terrorprävention – kostet das Stelldichein der „Großen“ diesmal, was Kritiker

## G8-/G20-Gipfel G8-Politiker schwanger – mit Versprechungen!

Kritiker prangern Milliardenverschwendung an



**Pregnant permanent – World Vision: „Wann sehen wir endlich Taten?“**

schon als eine Milliarden-Zeitverschwendung anprangern. World Vision fordert von den G8-Führern eine Verdoppelung der Hilfe für Mütter- und Kleinkindgesundheit. Das wären in den nächsten fünf Jahren etwa 24 Milliarden US-Dollar.

„In Mütter- und Kleinkindgesundheit zu investieren, ist nicht nur menschliche Geste, sondern macht auch aus wirtschaftlicher Sicht Sinn. Wenn aus Kindern Erwachsene werden, die produktiv an der Entwicklung ihres Landes teilhaben, nutzt es allen“, so Meier. Die Kinderhilfsorganisation fordert zudem einen globalen Aktionsplan für die Gesundheit von Müttern und Kleinkindern, der auch wirklich umgesetzt wird und greift. Unter anderem soll dieses Thema in den Entwicklungsländern Priorität bekommen. Mütter- und Kleinkinder müssen kostenfreien Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten haben. Es müssen mehr Mittel für die Ausbildung von Gesundheitspersonal bereitgestellt werden. Auch die Ernährungssituation sei in Zukunft stärker zu berücksichtigen.

„In Sierra Leone wurde uns letztlich von einem dramatischen Fall berichtet: Ein Mann brachte seine schwangere



gere Frau zur Geburt ins Krankenhaus der Hauptstadt. Es kam zu Komplikationen. Doch die Ärzte wollten die Frau erst behandeln,

wenn ihr Mann die benötigten Medikamente besorgt hatte“, erzählt Meier. Da dem das Geld fehlte, sie zu bezahlen, versuchte er es bei Verwandten zu besorgen. Als er nach Stunden wieder ins Krankenhaus zurück kam, war seine Frau verstorben. So etwas dürfe in unserer Zeit nicht mehr passieren, fordert Marwin Meier vehement. *Theo Kersche*

### World Vision Deutschland e.V.

...ist ein christliches Hilfswerk mit den Arbeitsschwerpunkten nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Anwaltschaftsarbeit. Im Finanzjahr 2009 wurden 239 Projekte in 48 Ländern durchgeführt. World Vision Deutschland ist Teil der weltweiten World Vision-Partnerschaft. World Vision unterhält offizielle Arbeitsbeziehungen zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und arbeitet eng mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammen. World Vision Deutschland ist Mitglied der Bündnisse „Aktion Deutschland Hilft“ und „Gemeinsam für Afrika“.

### Aktuell

#### Magerer Teilerfolg

Fünf Milliarden US-Dollar (umgerechnet vier Milliarden Euro) wollen die G8-Staaten im Kampf gegen Mütter und Kindersterblichkeit einbringen. Deutschland will sich laut Merkel mit 400 Millionen Euro über fünf Jahre beteiligen. Zudem sicherte die Stiftung von Microsoft-Gründer Bill Gates und seiner Frau Melinda zusätzliche 1,5 Milliarden Dollar zu.